

Dieter Klein

# Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

Wie eine sozial-ökologische Transformation  
funktionieren könnte

VSA:



Dieter Klein  
Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

*Dieter Klein*, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ökonom, war bis Ende 2012 Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Fellow (mit dem Schwerpunkt Transformationstheorie) im Institut für Gesellschaftswissenschaften der Stiftung. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität inne. Er gehörte zum Projekt »Moderne Sozialismustheorie«, das sich schon vor dem Ende der DDR 1989 für alternative Entwicklungswege einsetzte. 2019 erschien von ihm bei VSA: »Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten«.

Dieter Klein

# **Regulation in einer solidarischen Gesellschaft**

Wie eine sozial-ökologische Transformation  
funktionieren könnte

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**www.vsa-verlag.de**

**www.rosalux.de**



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons License oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck  
ISBN 978-3-96488-117-5

# Inhalt

## Kapitel 1

<b>Ist Gesellschaftssteuerung prinzipiell überhaupt möglich? .....</b>	<b>13</b>
1. Negative historische Erfahrungen .....	13
2. Handlungszwang durch ungelöste globale Probleme .....	19
3. Druck von unten als Bedingung progressiver Regulation .....	22
4. Impressionen von Untergang und Überlebensfähigkeit vorkapitalistischer Gesellschaften .....	23
Außereuropäische Erfahrungen .....	23
Regulation im mittelalterlichen Venetien .....	26
5. Regulierungserfahrungen im Rahmen des Kapitalismus .....	28
New Deal .....	28
Umstellung auf Kriegswirtschaft in den USA .....	35
6. Wirtschafts- und Gesellschaftslenkung in China .....	43
Historische Erfahrungen und das Bedürfnis nach Ordnung durch starke Führung .....	43
Hybride Eigentumsstruktur .....	47
Kulturelle Wurzeln .....	48
Das Projekt Greater Area Bay und die Neue Seidenstraße .....	49

## Kapitel 2

<b>Der gegenwärtige Regulationsdiskurs der Linken – eine Impression .....</b>	<b>52</b>
1. Erik Olin Wright: Regulation auf der Basis zivilgesellschaftlicher Macht. Drei Teilmechanismen .....	53
2. Alain Lipietz: Akkumulationsregime und Regulationsweise .....	56
3. Elinor Ostrom: Dezentrale Verantwortung für die Gestaltung und Nutzung von Commons .....	59
4. Simon Sutterlütli und Stefan Meretz: Commonismus und Stigmergie im Zentrum einer neuen Regulationsweise .....	62
5. Ulrike Herrmann: »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung« und Sabine Nuss: »Keine Enteignung ist auch keine Lösung« .....	64
6. Michael Albert: Rätssystem als institutionelle Grundlage sozialistischer Regulation .....	68

7. Ota Šiks Konzept eines regulierten Marktes .....	70
8. Shoshana Zuboff: Der regulierte Mensch.....	77
9. Uwe Schneidewind: Die Große Transformation als moralische Revolution .....	81
10. Stephan Krüger: Wirtschaftspolitische Instrumentarien einer »Sozialistischen Marktwirtschaft« .....	84
11. Meinhard Creydt: »Praxis« als neues gesellschaftliches Leitbild – auch für die Gestaltung einer alternativen Regulationsweise .....	89
12. Horst Müller: Zentralität sozialwirtschaftlicher Dienste und Fiskalrevolution zu deren Finanzierung .....	90
13. Franz Groll: Umweltzertifikate .....	91
14. Rainer Land: Ökokapitalverwertungsgesellschaften und kreditfinanzierte Innovationen .....	93
15. Hans Thie: Rotes Grün – Regulationsweise als Element von radikalem Aufbruch .....	96

### **Kapitel 3**

<b>Über eine künftige sozialistische Regulationsweise .....</b>	<b>99</b>
1. Veränderungen der Eigentumsverhältnisse .....	107
2. Erstes Element einer progressiven Regulationsweise: Gesellschaftliche Planung und Lenkung .....	109
3. Zweites Element einer progressiven Regulationsweise:	
Gebändigter Marktmechanismus .....	136
Marx zur kapitalistischen Regulationsweise .....	136
Monopol und Regulation. Der Wandel zu sozialstaatlicher Regulierung .....	139
Neoliberaler Finanzmarktkapitalismus und Regulation .....	143
Überwachungskapitalismus und Regulation .....	144
Mögliche Konturen des Marktes in einer sozialistischen Regulationsweise .....	152
Veränderte Eigentumsverhältnisse .....	153
Kontrolle digitaler Monopole .....	158
Rahmensetzung für den Markt durch gesellschaftliche Planung ..	163
Preise .....	165
CO <sub>2</sub> -Bepreisung .....	166
Gewinnbeteiligung .....	169

4. Drittes Element einer progressiven Regulationsweise:	
Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure .....	170
Kämpfe im Pflegebereich – ihr Transformationspotenzial .....	173
Kämpfe um Wohnen – ihr Transformationspotenzial .....	178

## **Kapitel 4**

### **Klimaneutralität – zentrales Bewährungsfeld**

<b>einer zeitgemäßen Regulationsweise .....</b>	<b>182</b>
1. Klimawandel und Defizite gegenwärtiger Regulationsweise .....	184
Blockaden gegen eine progressive Regulationsweise .....	184
Defizite gegenwärtiger Regulation beim Strukturwandel der Kohleregionen .....	191
2. Gefährliche Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren .....	197
Klimawandel und soziale Ungleichheit .....	198
Klimawandel, Krieg und Rüstung .....	200
Klimawandel und Niedergang der Demokratie .....	203
Zwischenfazit .....	205

## **Kapitel 5**

### **Wie kann der Übergang zu progressiver Transformation und Regulationsweise in Gang kommen? .....**

1. Selbstermächtigung in Projekten von unten .....	209
2. Breite Bündnisse und Solidarität .....	211
3. Eine einende Erzählung .....	216
4. Öffentliche Diskurse .....	222
5. Der mögliche Weg: doppelte Transformation .....	223
6. Differenzierung in den Machteliten .....	227
7. Aneignung staatlicher Macht durch alternative Kräfte .....	242
8. Befreiung aus geistiger Unmündigkeit und Erneuerung der politischen Kultur .....	245
Literatur .....	256





Mit Dank an Michael Brie  
für viele wissenschaftliche  
Anregungen und andere  
freundschaftliche Unterstützung



Die Corona-Pandemie hat die Welt durchgerüttelt. Deutlicher als zuvor hat sie katalysatorartig Grunddefizite, Fehlentwicklungen und Grenzen des Kapitalismus erkennbar gemacht. Dass Millionen Menschen im Globalen Süden verhungern, dass in jedem Jahr weitere Millionen an längst heilbaren Krankheiten sterben, weil Medikamente für nicht Zahlungsfähige keine genügende Rendite abwerfen, dass zum Preis der Rüstungsexporte zahllose Kriegsoffer gehören, dass Umweltkrisen das Leben erdweit akut und langfristig bedrohen, wird zwar immer wieder beklagt. Aber alle diese Skandale gehören beschämenderweise fast schon zur makabren »Normalität« unserer Zeit.

Covid-19 kam dagegen als jähes Ereignis über die Menschheit. Als Schock trat zutage, was auch in den anderen Gestalten der Verknüpfung von Reichtumszuwachs und Verlusten steckt: Das Grundprinzip des Kapitalismus, der Profit, und der Marktmechanismus als seine Daseins- und Durchsetzungsweise sind wortwörtlich tödlich. Es ist die *kapitalistische Globalisierung*, die der Corona-Pandemie den Boden geebnet hat; erdumspannende Produktionsketten, globale Waren-, Arbeitskraft- und Touristenströme breiteten dem Virus die Teppiche aus. Die *soziale Deklassierung* großer Teile der Weltbevölkerung, Armut, Hunger und Unterernährung haben in Afrika, in Indien, Brasilien und anderen Regionen mit unterentwickelten Gesundheitssystemen noch verheerendere Folgen als in Europa. Die *profitgetriebene Umweltkrise*, eingeschlossen der Klimawandel, zerstört die Artenvielfalt und den Lebensraum von Mensch und Tier. Und per Saldo: Die *konkurrenzbedingt kurzfristig funktionierende kapitalistische Regulationsweise* hat die seit den 1980er Jahren bekannten öffentlichen Warnungen von Virologen, von Nobelpreisträgern und dem Club of Rome verhallen lassen und eine weitsichtige und präventive sozial-ökologische Politik verhindert.

Die Corona-Pandemie ist nicht allein ein externes biologisches Phänomen, sie ist zugleich eine systemische Krise des Kapitalismus. Versorgungsnotstände in den Kliniken wurden zum verdichteten Ausdruck für das Versagen der kapitalistischen Regulationsweise vor den hochkomplexen und langfristigen Anforderungen zur Bewältigung von Grundproblemen unserer Zeit.

In der Corona Krise wurde in spezifischer Weise ein allgemeines Grunddefizit des Kapitalismus offenbar, die Untauglichkeit des kurzatmigen, von Monopolen dominierten Marktmechanismus als Regulationsweise in einer Epoche, die dringlicher denn je strategisches gesellschaftliches Handeln über Generationen hinweg erfordert.

Schon die mehrdimensionale Große Krise am Ende der ersten Dekade unseres Jahrhunderts war mit einem verstärkten Aufbrechen dieses Widerspruchs verbunden. Verunsicherungen und Kontrollverluste mündeten in wachsenden Einfluss von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Autoritarismus. Aber die Krise des Neoliberalismus hat zugleich alternativen linken Diskursen neuen Anstoß gegeben und Sozialismus mit neuen Inhalten wieder erwägbarm gemacht – ob nun bezeichnet als solidarische Gesellschaft, als Ökosozialismus, Neosozialismus, demokratischer grüner Sozialismus oder wie auch immer (Brie 2022; Dörre 2021; Wright 2019; Dörre/Schickert 2019; Klein 2019; Porcaro 2016; Brangsch/Brie 2016; Honneth 2015).

Der Linken unterschiedlicher Couleur fällt es allerdings leichter, wünschenswerte Qualitäten einer besseren Gesellschaft zu beschreiben als einleuchtende Überlegungen zu der Art und Weise der Regulation künftiger Wirtschaft und Gesellschaft anzubieten. Zu fragen ist tatsächlich, ob es überhaupt sinnvoll möglich ist, für eine noch gar nicht existierende Gesellschaft zu diskutieren, wie ihre Regulationsweise beschaffen sein könnte. Verführt eine solche Frage vielleicht nur in ein Fantasieland? Oder gilt, dass auch nicht überzeugend ist, für eine bessere Gesellschaft ganz ohne Vorstellungen von ihrer Funktionsweise zu wirken? Zumal Sozialismus von rechten Kräften gebetsmühlenartig mit autoritärer zentralistischer und ineffizienter Planung gleichgesetzt wird. So sind Überlegungen zu einer möglichen künftigen progressiven Regulationsweise der Gegenstand der hier vorliegenden Arbeit. Sie beginnt mit einer Frage, die das erste Kapitel bestimmt.

# Kapitel 1

## Ist Gesellschaftssteuerung prinzipiell überhaupt möglich?

»Ist Gesellschaftssteuerung prinzipiell möglich oder bezeichnet der Begriff einen irrealen Sachverhalt?« (Wiesenthal 2006: 25) Diese Frage Helmut Wiesenthals ist keineswegs abwegig. Für das Nachdenken über die mögliche Regulationsweise in einer künftigen Gesellschaft des demokratischen grünen Sozialismus und auf dem Weg dorthin hat sie erhebliche Bedeutung. Denn von ihrer Beantwortung hängt ab, ob es überhaupt Erfolg verspricht, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie eine kommende solidarische Gesellschaft bewusst mit politisch gesetzten Zielen gelenkt werden kann. Günther Bachmann fragte nach Jahrzehnten eigener praktischer Erfahrung im Regierungsapparat der Bundesrepublik: »Gibt es Wandel durch Strategie? Die nachhaltige Entwicklung ist geradezu darauf angewiesen, diese Frage mit Ja zu beantworten.« (Bachmann 2021: 59)

Natürlich werden Wirtschaft und andere gesellschaftliche Prozesse in jeder Gesellschaft irgendwie reguliert. Aber wenn nach einer Regulationsweise für sozialistische Bedingungen oder nach Regulierung im Sinne einer progressiven Richtungsänderung bereits unter kapitalistischen Verhältnissen gefragt wird, ist eine »intendierte Einflussnahme der Gesellschaft auf ihre Entwicklung« (Wiesenthal 2006: 25), also die Selbstgestaltung der Gesellschaft in eine gewollte Richtung gemeint. Solche »transitive Einflussnahme« bedeutet nicht, dass die eine Seite in der Gesellschaft steuert und die andere gesteuert wird. Sondern: »Die Gesellschaft selbst bzw. die sich steuernde Einheit (die Gruppe, die Organisationen oder das gesellschaftliche Teilsystem) fungieren sowohl als Subjekt als auch als Objekt von Steuerung.« (ebd.)

### 1. Negative historische Erfahrungen

Historische Erfahrungen könnten so gedeutet werden, dass eine Regulationsweise mit einer starken zielgerichteten Komponente nicht erfolgreich sein kann. Sind doch viele frühsozialistische Experimente daran gescheitert, dass die eingeführten Regelungen für ein gemeinschaftliches Leben nicht lange funktionierten. Das gilt für soziale Experimente wie die Großkommune Robert Owens im schottischen New Lanark und seine Siedlung New Harmony in Indiana/USA. Die sozialreformistisch-kommunistischen Grund-

prinzipien Owens reichten weit hinein in die Zukunft. Doch eingebettet in eine manchesterkapitalistische Gesellschaft stießen sie an ihre Grenzen. Aber auch bedingt durch die patriarchale Lenkung dieses Reformprozesses von oben und die weitgehende Beschränkung individueller Freiräume scheiterten sie schließlich (Brie 2011; Saage 1991: 167). Das gilt auch für andere Ansätze gemeinschaftlicher Gestaltung des Lebens, etwa für religiöse Sekten und Gemeinschaften aller großen Weltreligionen, beispielsweise für die Wiedertäufer, für die Hussitenbewegung des 15. Jahrhunderts, die eine Gesellschaft der Freien und Gleichen erstrebte, und für den französischen Arbeiterkommunismus des 19. Jahrhunderts. Oft allerdings waren nicht allein die inneren Defizite dieser Experimente die Ursache ihres Scheiterns, sondern sie wurden im Auftrag der Herrschenden gewalttätig zerstört – wie bei der Zerschlagung der kommunistischen Siedlungen der Digger Mitte des 17. Jahrhunderts in England oder bei der Niederschlagung der chinesischen Taipingrevolution (Brie 2016: 12-62).

Die gravierendste negative Erfahrung unter den Versuchen des Aufbruchs zu einer menschengerechten Gesellschaft und einer emanzipatorisch wirkenden Regulationsweise war die Implosion des Staatssozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa. 1917 war in Russland ein Stern der Hoffnung aufgegangen, der weit über die Grenzen des zaristischen Reiches hinaus strahlte. Die Bolschewiki hatten den Beweis geliefert, dass der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende gesetzt werden kann. Sie hatten den Krieg beendet und den Bauern Boden gegeben. Die Bevölkerungsmehrheit konnte sich vom Analphabetismus befreien. Unter unglaublichen menschlichen Opfern wurde in kürzester Zeit eine Industrialisierung vorangetrieben, die die ökonomischen Grundlagen für den Hauptanteil der Sowjetunion am Sieg über den Hitlerfaschismus schuf.

Aber der Traum von einer besseren Gesellschaft war, namentlich unter Stalin, mit staatlichem Terror verbunden, der für Millionen Menschen den Tod bedeutete (Schlögel 2008). Das zentralistische Machtssystem blockierte zivilgesellschaftliches Engagement und setzte geistiger und politischer Freiheit der Bürgerinnen und Bürger enge Grenzen. Als es nicht mehr um rasante Industrialisierung um jeden Preis ging, sondern um technologische und soziale Innovationen, um den Einklang von Ökonomie und Ökologie, war die zentralistische Regulationsweise am Ende. Der Staatssozialismus brach zusammen. Weltweite Hoffnungen auf eine bessere Form des Gemeinwesens zerronnen. Noch heute dämpft diese Erfahrung die Motivation zur Suche und Erprobung neuer Formen progressiver Regulation.

In Jugoslawien wurde das Experiment einer zunehmend dezentralisierten »sozialistischen Marktwirtschaft« praktiziert (Horvat 1969; Schulz 2015;

Krüger 2016: 328-345). In den 1960er Jahren wurde noch rund ein Drittel der Investitionen zentralstaatlich kontrolliert. Ab Ende der Sechziger ging die Hälfte der bis dahin noch vom Bundesstaat eingenommenen Steuern an die einzelnen Republiken Jugoslawiens. Dadurch schrumpfte die zentralstaatliche Steuerpotenz noch weiter als zuvor. Der Schwerpunkt der Regulierungskompetenz lag bei den Unternehmen, deren betriebswirtschaftliche Entscheidungen das Übergewicht über die (Nicht-) Regulierung der volkswirtschaftlichen Proportionen gewannen. Da die Besteuerung der Unternehmen vor allem den Teilrepubliken zugute kam, wuchs nicht nur das Einkommensgefälle zwischen den Unternehmen, sondern auch die Wirtschaftskraft der einzelnen Republiken entwickelte sich sehr ungleich. Das verstärkte deren historisch begründetes nationalistisches Gegeneinander und die Brüchigkeit des jugoslawischen Gesamtstaates. Ökonomisch war dieser schon vor dem politischen Aus zerbrochen. Unternehmensintern nahm der Kampf um die Aufteilung des Betriebsergebnisses zwischen Einkommen für die Beschäftigten und dem Anteil für Investitionen zu – zu Lasten der Investitionen. Die Selbstverwaltung der Unternehmen erlitt zudem durch Interessengegensätze zwischen den Belegschaften und den von ihnen gewählten Unternehmensleitungen Schaden – Wissensvorsprünge und zunehmende Privilegien der Manager führten zu deren Verselbstständigung und Entfremdung von der Mehrheit der Beschäftigten. Die Bürgerkriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien und die Aggression der NATO gegen Jugoslawien (Dahn 2009: 199-234) besiegelten schließlich den ökonomischen Niedergang Jugoslawiens und seinen Zerfall.

In Lateinamerika keimte nach Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung, nach Jahrzehnten der Herrschaft von Militärdiktaturen und neoliberaler Dominanz in einer Reihe von Ländern die Hoffnung auf eine dauerhafte progressive Transformation mit emanzipatorischen Perspektiven auf. Aber im letzten Jahrzehnt ist der hoffnungsvolle progressive Zyklus auf dem lateinamerikanischen Kontinent in einen Vormarsch des Neoliberalismus, rechts-extremer und autoritärer Kräfte und in erneut verstärkten Einfluss der USA umgeschlagen. Die staatliche Wirtschaftspolitik einer Reihe linksorientierter Regierungen hat das extraktive und exportorientierte Wirtschaftsmodell ihrer Vorgänger nicht durchbrochen, sondern eher noch auf die Spitze getrieben. In den ersten Jahren linker Regierungen wurde die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung mithilfe wirkungsvoller Sozialprogramme erreicht, die aus den Exporterlösen von Rohstoffen, insbesondere des Erdöls, finanziert wurden. Aber der von den alten Machteliten beherrschte Staat erfuhr kaum eine demokratische Erneuerung. In Venezuela, Bolivien, Ecuador und in Brasilien wurde versäumt, die Rohstoffrenten in nennens-



wertem Umfang für den Aufbau eigener binnenmarktorientierter Industrien einzusetzen. Vielfach wurden die Interessen indigener Völker am Erhalt ihrer natürlichen Lebensbedingungen, nicht zuletzt der Regenwälder, missachtet und mit Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet. Anfängliche Demokratisierungsprozesse von unten wie die *consejos comunales* und die *Misiones* in Venezuela wurden gestoppt und wichen autoritären Regierungsformen, die zunehmend mit Personenkult und Korruption verbunden sind. Venezuela geriet in eine tiefe Wirtschafts-, Versorgungs- und Gesellschaftskrise. In Brasilien ist Präsident Bolsonaro dabei, in einer Kombination von ultraneoliberaler Wirtschaftspolitik, Nationalismus, Antifeminismus, religiösem, vielfach evangelikalem Fundamentalismus, homophober Politik, Militarisierung der Schulen und Unterwerfung unter US-amerikanische Interessen eine autoritäre Herrschaft mit neofaschistischen Zügen zu errichten.

War also alles umsonst? Und ist dieses Umsonst zugleich ein Urteil über die Zukunft aller alternativen Anstrengungen? Diese Frage stellen sich viele Millionen Sozialisten und Kommunisten immer wieder. Dick Boer, niederländischer Theologieprofessor, katholischer Priester und Sozialist, schrieb: »Es war alles umsonst [...] Sie dachten, dass eine andere Welt als die verkehrte möglich war. Sie haben Bewegungen erlebt, die etwas bewegen. Sie haben sich in diesen Bewegungen engagiert – in der, wie sie meinten, begründeten Hoffnung, die Welt ließe sich verändern, und zwar radikal. Weil es so, wie es war, nicht weitergehen konnte. [...] Jetzt aber müssen sie erkennen. Es war alles umsonst. Ja es war schon immer alles umsonst gewesen. Nie hatte eine Befreiungsbewegung wirklich zur Freiheit geführt. Stets war, wo sie siegte, das Ergebnis neue Unfreiheit. Meistens jedoch wurde sie besiegt von der Ordnung, aus der sie herausführen sollte.« (Boer 2019: 11)

Boer hat den Horizont der Frage nach berechtigtem Festhalten oder Widerlegung der Hoffnung auf eine bessere Welt bis zum Alten Testament ausgeweitet. »Es hat in der Geschichte wohl kaum ein Volk gegeben, das so viel Hoffnung hatte wie das biblische Israel. Denn dieses Israel hatte, mitten im ›Nihil‹, aus dem Nichts, das Wort eines Gottes gehört, der versprach, es aus der Sklaverei herauszuführen und dies auch tat. Hier kann man in der Tat von begründeter Hoffnung sprechen.« (Ebd.: 12) »Es gibt in der Geschichte keine aussichtslose Situation, sondern immer eine Perspektive. Das ist die Logik von Thora und Propheten.« (Ebd.: 13) »Und dann gibt es diese schreckliche Erfahrung: Diese Logik stimmt nicht mehr! [...] Das Volk, aus der vernichtenden Wirklichkeit einer aussichtslosen Sklaverei auferstanden, muss erkennen: keine Auferstehung mehr, nur noch Vernichtung (Auschwitz).« (Ebd.)

In Dick Boers Buch »Wenn alles nicht mehr stimmt [...] Hiob rettet den NAMEN« ist es Hiob, der den Kampf zwischen hoffnungsvoller Erwartung

und Abschied von aller Zuversicht verkörpert. Hiob, reich an Gütern, Nachkommen und Ansehen, gläubig und gottgefällig, musste erfahren, dass Gott ihn verlassen hat. Dass ER die Menschen in ihrer Not verlassen hat. Hiob verliert seine Söhne, Hab und Gut und Anerkennung. Er wird in den Staub hinabgetreten. Er haderte mit Gott, er klagt ihn an: »Du hast dich verwandelt in etwas Grausames (30.21).« Und die Frage ist, ob er in einer Welt, die scheinbar ohne Perspektive ist, dem NAMEN noch die Treue halten kann und soll. Dürfen Menschen nach so viel Scheitern von Hoffnung realistisch denkend noch an der Vision einer menschengerechten Welt festhalten und entsprechend handeln? Und vernünftigerweise über die Umriss ihrer Konstruktion, auch ihrer Regulationsweise, nachdenken?

Lange Zeit in Dick Boers Buch scheint es so, als wolle Hiob alle Hoffnung – in seinem Falle auf den NAMEN – aufgeben. Aber schließlich – trotz all seiner schrecklichen Erfahrungen – »auch wenn er wohl nie das fatale Gefühl losgeworden ist, es könnte doch alles umsonst gewesen sein«, konnte Hiob es nicht lassen zu bekennen: »Mein Erlöser lebt.« »Es wird eine Zeit kommen, da [...] Auf diese Zeit darf Hiob – und dürfen wir mit ihm – hoffen.« (Ebd.: 179) Nicht aus Glaubensgründen wird dies hier behauptet, sondern, wie sich zeigen wird, aufgrund realistischer Erwägungen.

Sprechen die historischen Erfahrungen bis in die jüngste Zeit also generell gegen die Chancen einer solidarischen Gesellschaft und gegen die Möglichkeit einer die Wirtschaft und Gesellschaft progressiv steuernden Regulationsweise? Oder bedeuten diese Erfahrungen – zumal vor dem Hintergrund der Herausforderungen zur Abwendung einer Klimakatastrophe und zur Bewältigung einer sozial-ökologischen Zeitenwende, zu Stiftung von Frieden weltweit, zur Überwindung von Armut und zu globaler Demokratisierung – nichts anderes, als aus den Fehlentwicklungen der Vergangenheit lernen zu müssen, um zu einer menschengerechten Gesellschaft samt ihrer alternativen Regulationsweise zu gelangen?

Hier wird die Auffassung vertreten, dass eine sozial-ökologische und demokratisch orientierte Regulationsweise möglich ist – trotz prinzipieller Unsicherheit über die Zukunft, trotz Hyperkomplexität der zu regulierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, trotz begrenzten Wissens über die Vielzahl von Einflussfaktoren und trotz oft gegenläufigen Handelns der beteiligten Akteure.

Die plurale Linke bringt, so wurde eingangs festgestellt, durchaus Vorstellungen über wünschenswerte Grundeigenschaften künftiger solidarischer oder demokratisch-sozialistischer Gesellschaften hervor. Seltener in linken Diskursen sind aber Überlegungen dazu, wie die Wirtschaft und das soziale Ganze solcher Gesellschaften reguliert werden könnten. Es ist eben

schwierig, für Gesellschaften, die noch gar nicht existieren, auch noch zu bedenken, auf welche Weise sie denn reguliert werden könnten ohne in das Reich der Spekulation zu geraten.

Der Umgang mit diesem Problem könnte darin bestehen, zunächst über die in den gegenwärtigen Verhältnissen sich bereits abzeichnenden Übergangsprozesse zu Gesellschaftsalternativen nachzudenken, über den »Vor-Schein« (Ernst Bloch) künftig möglicher Regulationsweisen schon im Heute. Das würde erheblich zu der erforderlichen Realitätsnähe auf der Suche nach einer alternativen Weise der Regulierung beitragen können. Aber solches Vorgehen birgt die Gefahr, doch allzu sehr am Gewohnten festzuhalten, das Tor zu einer Alternative nicht wirklich zu öffnen. Deshalb wird eine zweite Seite des Zugangs zu einer alternativen Regulationsweise unumgänglich sein. Diese wird sich zwar kaum anders als anknüpfend an bereits bekannten Vorformen des Künftigen entwickeln können, aber sie wird innerhalb eines grundsätzlich neuen Denkhorizonts zu gestalten sein:

Die kommende Regulationsweise muss Wirtschaft und Gesellschaft aus der Zerstörung der Natur herausführen und sie in die Reproduktionszyklen der Natur einfügen. Sie darf nicht mehr Treibhausgase hervorbringen, die die Erdatmosphäre tödlich erwärmen, als die Ökosysteme zugleich binden können, nicht mehr die Erde mit Müll und die Ozeane mit Plastik überhäufen, nicht die Ökosysteme bis zu irreparablen Kippunkten untergraben. Statt Wachstum um den Preis der Zerstörung voranzutreiben, wird es um Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Ressourcen und in der Gestalt einer Kreislaufwirtschaft im Rahmen globaler Gerechtigkeit gehen. Der Inhalt der künftigen Regulation wird um Welten verschieden von dem der bisher dominierenden Regulation sein. Und deshalb wird auch die Regulationsweise selbst von Grund auf zu verändern sein.

Maja Göpel hat ihr Plädoyer, die Welt neu zu denken, mit einem trefenden Beispiel illustriert (Göpel 2020: 37f.). Im März 2018 ging bei der US-Patentbehörde der Patentantrag für eine neue Technik aus Japan ein. Angesichts des Bienensterbens sollen künftig Minidrohnen die künstliche Bestäubung von Pflanzen übernehmen. Die Natur soll technisch überlistet werden, um sie weiter zerstören zu können. Ein ganz neues technisches Produkt soll an die Stelle eines natürlichen Ökosystems treten. Das entspricht dem Mainstreamdenken: technische Lösungen, statt dem Wachstumsfuror ein Ende zu machen, statt progressiver gesellschaftlicher Transformation. Das technologisch Neue eingefügt in das gesellschaftlich Alte. Genau das funktioniert nicht mehr, es führt in die Katastrophe.

Nicht schrankenloses Wachstum, sondern nachhaltige Entwicklung wird zu regulieren sein. Die kommende Regulationsweise wird nicht mehr um

jeden Preis das Wachstum voranzutreiben haben. Sie wird solche Prozesse und Branchen fördern, die die sozialen Bedingungen für die freie Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden und die Reproduktion einer gesunden Natur sichern. Sie wird den Rückbau von Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen bewirken, die diesen beiden Aufgaben entgegenstehen.

Was spricht bei allen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten für die prinzipielle Möglichkeit einer derart alternativen Regulationsweise? Dafür sprechen erstens der Zwang zu vorausschauendem Handeln, der von den ungelösten innergesellschaftlichen und globalen Problemen ausgeht, zweitens der Druck, der bei starken Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von progressiven Akteuren ausgeübt werden kann, und drittens positive historische Erfahrungen, die zu wenig zur Kenntnis genommen werden.

## 2. Handlungszwang durch ungelöste globale Probleme

Handlungszwang schafft noch keine Realität veränderten Handelns. Wohl aber verweist er auf die äußerste Dringlichkeit von Suchprozessen nach neuen Möglichkeiten der Regulation. Nicht allein die staatssozialistische zentrale Planung und Leitung, sondern auch die kapitalistische Regulationsweise, der Marktmechanismus und seine rechtskeynesianischen neoliberalen Modifikationen haben versagt, wo es um die wirklich großen Überlebensfragen geht. Daher wächst der Druck zur Neulandsuche, aus dem die Entwicklung neuer Weisen der Regulierung entspringen könnte.

- Die Coronakrise ist das jüngste opferreiche Beispiel dafür, dass extreme Problemlagen einen Bruch mit der vorherrschenden Regulationsweise herausfordern – wenigstens Schritte in Richtung solchen Bruchs. Jeder Zeitverlust in der Umstellung auf eine problemgerechte Bearbeitung dieser Krise kostete das Leben zehntausender Menschen. Die Corona-Pandemie hat bloßgelegt, dass vor allem in Staaten, in denen der Marktradikalismus dominiert, das Gesundheitswesen und die Gesamtheit der nicht oder wenig profitablen physischen und sozialen Infrastruktur im Gefolge von Privatisierung und Austeritätspolitik unterentwickelt sind. Personelle und materielle Ressourcen zur Bekämpfung von Epidemien und Pandemien wurden dort weggespart. Es fehlte weitgehend und zum Teil sogar in den reichen Ländern an Betten für Intensivbehandlung, Beatmungsgeräten, Schutzmasken und Testmaterial.

Illusionen über das Regulationspotenzial des Marktes haben notwendiges staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln blockiert und seit

Jahrzehnten eine den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemäße neue Kombination von vorausschauender gesellschaftlicher Planung und Lenkung, einzuhegendem Markt und einflussstarkem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure blockiert. Die Pandemie hat innerhalb von Tagen und Wochen offenbar gemacht, dass die gesamte gegenwärtige Regulationsweise umwälzender Veränderung bedarf. Plötzlich wurde sichtbar, dass nicht ohne eine andere Regulationsweise ein viel größeres Gewicht der medizinischen Einrichtungen, der sozialen Dienste und ihrer materiellen Infrastrukturen im Verhältnis zur Produktion zu erreichen ist. Ohne Neuland in der Regulierung wird der Vorsorge im Verhältnis zu kurzfristiger Kapitalrentabilität kein Vorrang zu sichern sein. Ohne eine andere Regulierung keine Aufwertung der Care- oder Sorge-Arbeit im Verhältnis zur Arbeit in der Luxusgüterherstellung, in der Werbewirtschaft oder gar Rüstungsproduktion, kein größeres Gewicht der lokalen und regionalen Wirtschaft im Verhältnis zu globalen Produktionsketten.

Mit der Aussicht auf eine Abschwächung der Coronakrise geht nicht zufällig der Streit darüber einher, ob eine »Normalisierung« nach der Pandemie mit der Rückkehr zur neoliberalen Marktdominanz verbunden sein soll. Soll die Schuldenbremse erneut die Möglichkeiten staatlichen Handelns zu Gunsten der Märkte einschränken? Soll die Austeritätspolitik dem Staat weiter seine sichtbaren Hände binden? Oder ist aus allen Krisen unserer Zeit zu lernen, dass die Gesellschaft Formen der Lenkung und Planung und der Bändigung der profitgeleiteten Märkte finden muss?

Hans-Werner Sinn und Peer Steinbrück haben in der Süddeutschen Zeitung vom 12./13. Mai 2021 ein »Ende der Schuldenpolitik« gefordert. Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Institutes, Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Institutes für Weltwirtschaft, und andere Prominente aus der Zunft der Ökonomen haben in der FAZ vom 9. Juli 2021 kategorisch eine »Rückkehr zur Marktwirtschaft« verlangt.

Michael Wendl verweist dagegen auf die Macht der Realität (Wendl 2021). Für 2020/21 hat sich der Bund erst einmal durch die Begebung von Staatsanleihen in Höhe von 470 Milliarden Euro verschuldet. Der enorm zu beschleunigende Ausbau der erneuerbaren Energien, die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, die gesamte Klimapolitik und die Digitalisierung werden dauerhaft staatliche Lenkung und Finanzierung in früher nie gekanntem Umfang erfordern.

- Der Klimawandel und das Herannahen einer Klimakatastrophe verweisen seit Jahrzehnten auf das gleiche Grundproblem wie die Coronakrise. Ohne den Übergang zu einer rettenden Produktions- und Regulationsweise werden die Existenzgrundlagen großer Teile der Menschheit in na-

her Zukunft der Zerstörung anheimfallen. Dieser Übergang ist jetzt geboten, nicht irgendwann.

Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Erwärmung und Versauerung der Ozeane sowie der Anstieg der Meeresspiegel, Vernichtung von Regenwäldern, Zerstörung der Böden und Ausweitung von Wüsten, Dürren, Überschwemmungen und sogenannte »außerordentliche Wetterereignisse« stehen in so komplexen Zusammenhängen, dass von ökologisch und sozial blinden Märkten kein erfolgreiches Gegensteuern zu erwarten ist. Die profitgetriebene Marktkonkurrenz ist vielmehr die Hauptursache des vorherrschenden destruktiven Wachstumstyps.

- Niemals nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges war die Gefahr eines nuklearen Krieges so groß wie in der Gegenwart. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und Kriege in vielen anderen Ländern der Erde kosten Millionen Menschen ihr Leben, zerstören ihre Lebensgrundlagen, lösen Migrationswellen aus, führen zum Zusammenbruch der staatlichen Regierungsarbeit in Dutzenden Ländern, münden in Kriminalität und tragen erheblich zu Umweltzerstörungen und Reproduktion von Armut bei. Militäraufwendungen verschlingen Ressourcen, die dringlich für die Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik benötigt werden.

Neue Regulationsweisen, die das produktive Potenzial der Menschheit in friedliche Bahnen umlenken, auf die Lösung globaler Probleme konzentrieren und zur Bändigung aggressiver Kräfte beitragen, werden zur Überlebensfrage. Friedenspolitik braucht Regulierungsmechanismen, die die Volkswirtschaftsstrukturen der Rüstung entreißen und Konversion zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung einleiten – nicht irgendwann, sondern ohne Zeitverzug.

- Absolute Armut und Hunger betreffen rund eine Milliarde Menschen, obwohl der Reichtum auf der Erde und die produktiven Kräfte der Menschheit nie so groß wie gegenwärtig waren. Die Kluft zwischen Armut und Reichtum vergrößert sich ungebrochen. Der soziale Sprengstoff wächst. Für verhungernde Kinder in großen Teilen der Erde, für Hunderte Millionen Menschen ohne menschenwürdige Behausung, ohne elementare hygienische Lebensbedingungen, ohne ausreichende Gesundheitsversorgung und ohne Bildungschancen werden hehre Entwicklungsziele leere Deklarationen bleiben, wenn Institutionen der Regulierung ausbleiben, die soziale und ökologische Ziele umsetzen.
- In vielen Teilen der Erde verläuft eine Erosion der Demokratie, gewinnen autoritäre Herrschaftsformen an Gewicht, nehmen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bedrohlich zu. Autoritäre politische Herrschaftsformen und Verweigerung von Wirtschaftsdemokratie durch Konzern-

macht ergänzen sich wechselseitig als zwei Seiten des Autoritarismus. Umgekehrt wird der Übergang zu einer wirtschaftsdemokratischen Regulationsweise zum wichtigen Teil des Widerstandes gegen die Neue Rechte. Dieser Kampf kann nicht hinausgeschoben werden.

### 3. Druck von unten als Bedingung progressiver Regulation

In aller Regel gehen wirkliche große Umbrüche in der Richtung progressiver Entwicklung nicht ohne Not von den mächtigen Wirtschaftsunternehmen und von den herrschenden politischen Kräften aus. Revolutionen werden von den Ausgebeuteten und Unterdrückten gemacht. Progressiver Wandel im Rahmen der herrschenden Verhältnisse allerdings kann auch von alarmierten Teilen des Blocks an der Macht ausgehen, bedarf aber zumindest auch dann eines starken Drucks von unten aus den Initiativen breiter Bevölkerungsteile, aus politischen, sozialen und ökologischen Bewegungen. Diese bergen Hoffnung auf progressive Gesellschaftsgestaltung. Wie im Folgenden darzustellen, bildete sich der New Deal in den 1930er Jahren in den USA geführt von flexiblen Teilen der Machteliten, jedoch unter dem Druck militanter Teile der Arbeiterschaft, aufbegehrender Arbeitsloser, politisierter Intellektueller und eines großen Teils der Farmer heraus.

Als das Deutsche Klimakabinett am 20. September 2019 im Kanzleramt sein »Klimaschutzprogramm 2030« beriet, tat es dies auch angesichts weltweiter Klimaaktionen. Mehrere Millionen Jugendliche und Erwachsene gingen an diesem Tag für eine rettende Klimapolitik auf die Straße. In New York demonstrierten eine Viertelmillion Menschen, in Berlin nach Angaben der Veranstalter 270.000, nach Polizeiangaben jedenfalls mehr als 100.000. In Hamburg waren es 80.000 Demonstrierende und in rund 500 deutschen Städten insgesamt weit mehr als eine Million. Ein Jahr zuvor hatte sich die Schülerin Greta Thunberg mit einem Pappschild »Fridays for Future« vor das schwedische Parlament gesetzt, statt in die Schule zu gehen. Wenn die Zeit reif ist, können sich soziale Bewegungen explosionsartig entfalten und das Potenzial für fundamentalen Wandel entwickeln. Aber das beschämende Zurückbleiben der Bundesregierung hinter den dringlichsten Erfordernissen des Klimaschutzes verweist zugleich darauf, dass der Druck von unten noch nicht ausreicht. Noch viel breitere Bündnisse sind erforderlich. Die Gewerkschaften haben sich bisher noch daran gehalten, dass in Deutschland politische Streiks per Gesetz als nicht hoffähig gelten.

## **4. Impressionen von Untergang und Überlebensfähigkeit vorkapitalistischer Gesellschaften**

Selbst ein Blick zurück in die Geschichte des Untergangs früher vorkapitalistischer Gesellschaften oder ihres Überlebens über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg birgt Denkanstöße für künftige Regulationsweisen. Deshalb mag hier ein kurzer historischer Exkurs legitim sein, der der Regulationsproblematik nur scheinbar fern ist.

### **Außereuropäische Erfahrungen**

Der Untergang früherer Gesellschaften hatte in der Regel sehr verschiedene unglücklich verwobene Ursachen. Aber meist war eine davon die Unfähigkeit, die langfristigen ökologischen und sozialen Folgen des eigenen Handelns zu verstehen und entsprechend zu handeln. Das trifft beispielsweise auf den Untergang von Gesellschaften auf der Osterinsel und anderen Inseln Polynesiens (Pitcairn und Hendersen) zu, auf das Ende der Anasazis im Südwesten der USA, des Wikingerreiches in Normannisch-Grönland und nicht zuletzt auf den Untergang des Mayareiches. Andere frühere Gesellschaften haben Jahrhunderte ihr Gleichgewicht mit der Natur erhalten und mit langfristig wirksamen Entscheidungen ihre Reproduktion sichern können (Diamond 2005). Wenn es hier um funktionsfähige Regulationsweisen der Zukunft geht, kann daher ein Blick auf längst vergangene Regulationsweisen Warnungen und Anregungen bergen.

Die Osterinsel war von zwölf Sippen bewohnt, die von ihren Häuptlingen angeführt wurden. Die frühen Bewohner der Insel haben der Nachwelt erstaunliche Kulturgüter hinterlassen. Aus dem Fels in einem riesigen Krater schlugen sie mit Steinwerkzeugen Hunderte Statuen heraus. Diese waren zwischen vier und sechs Meter hoch und wogen 10 bis 270 Tonnen. Die Häuptlinge sahen diese Statuen als ihre Prestige- und Machtsymbole an. Sie ließen sie weite Strecken transportieren – vermutlich auf einer Art kilometerlanger Holzleiter, über die die Statuen auf Holzschlitten ausschließlich mit menschlicher Kraft gezogen wurden. Im Verlauf der Prestigekämpfe zwischen den Häuptlingen wurden immer mehr Bäume geschlagen, auch für die Anfertigung der für den Transport erforderlichen Seile aus pflanzlichem Material. Vom Anfang des 15. bis in das 17. Jahrhundert hinein wurde der Wald reduziert, bis der letzte Baum fiel. Damit waren auch die Baumstämme für den Bau seetüchtiger Kanus zum Fischfang verschwunden. Es gab kein Brennholz mehr. Die Vogelbestände waren vernichtet. Der Boden erodierte. Der Anbau von Nutzpflanzen für die Ernährung schwand dahin. Hungersnöte brachen aus, und sogar Kannibalismus trat auf. Die Ressour-



cenknappheit führte zu Kriegen zwischen den Sippen der Insel. Jared Diamond schrieb, »die Osterinsel ist das eindeutigste Beispiel für eine Gesellschaft, die sich durch übermäßige Ausbeutung ihrer eigenen Ressourcen selbst zerstört hat.« (Ebd.: 152) Mehrere Faktoren wirkten zusammen: ein rücksichtsloser Umgang mit der Natur; kulturelle, teils religiöse Muster und die Fixierung auf den damit verbundenen Verbrauch von Ressourcen für Zwecke, die der ökonomischen Reproduktionsfähigkeit schaden (in diesem Falle der Aufwand für die Statuen); Konkurrenzverhalten (in diesem Fall zwischen den Häuptlingen und Sippen); schließlich Kriege, die aus der Verknappung der Ressourcen resultierten.

Bei kritischem Bedenken werden diese Momente in gewandelter Form auch in gegenwärtigen Krisenprozessen erkennbar. Progressive Regulationsweisen müssen von solchen destruktiven Phänomenen befreit werden.

Auch die bewundernswerte Hochkultur der Maya ging trotz deren entwickelter Einsichten in viele Naturprozesse durch ähnliche Umstände zu Grunde. Die Maya brachten die am höchsten entwickelte Kultur der präkolumbianischen Neuen Welt hervor. Schon um 500 vor unserer Zeitrechnung gab es größere Bauwerke. Um das Jahr 800 existierten etwa 30 Paläste von Königen und Adligen. Schriften der Maya werden schon seit 400 v. Chr. datiert. In der Mitte des Mayagebietes, in El Mirador, wurde eine der größten Pyramiden der Welt errichtet. Aber mit einem starken Wachstum der Maya-Bevölkerung gingen Entwaldung und eine daraus folgende Erosion von Böden einher. Landwirtschaftlich nutzbare Flächen gingen verloren, während die Bevölkerung anwuchs. Feindseligkeiten zwischen den Mayastämmen mündeten in Kämpfe um die knapper werdenden Ressourcen. Die Maya hätten ihre hoch entwickelten Fähigkeiten auf überlebensnotwendige Aufgaben konzentrieren müssen. Aber dem entgegenwirkte, wie Diamond feststellte, »die Konkurrenz zwischen Königen und Adligen, die von der Lösung grundlegender Probleme ablenkte und zu einer Konzentration auf Kriege und auf den Bau von Denkmälern führte.« (Ebd.: 202) Hinzu kamen im Lauf der langen Existenz der Maya-Reiche mehrere Umweltkatastrophen und die Unterwerfung und Ausplünderung der Mayagebiete durch die Spanier seit 1527, die erst 1697 zur Eroberung des letzten Fürstentums führte. »Wie die meisten Herrscher der Menschheitsgeschichte, so grübelten auch die Könige und Adligen der Maya nicht über langfristige Probleme, soweit sie diese überhaupt wahrnahmen.« (Ebd.: 223)

Denk- und Handlungsmuster der Maya mögen auf den ersten Blick keine Gemeinsamkeiten mit dem heutigen Stand des Wissens, mit gegenwärtigem Vorausdenken, mit Diskursen der Moderne und mit dem Handeln der Machteliten aufweisen. Aber bei näherer Betrachtung drängen sich Fragen

auf: Steht die Bewahrung der Naturgleichgewichte wirklich im Zentrum der gegenwärtigen Regulationsweise? Ist es etwa gelungen, anstelle der Konkurrenz eine zeitgemäße globale Kooperation zur Lösung der Menschheitsprobleme zu entwickeln? Lassen sich die Machteliten heute tatsächlich von langfristigen Strategien leiten? Werden Ressourcen in unserer Zeit etwa nicht mehr für abwegige Zwecke eingesetzt, sodass sie für das wirklich sozial und ökologisch Erforderliche fehlen?

Als eine große Erfolgsgeschichte dagegen schildert Diamond die Selbstverwaltung auf Dorfebene im Hochland von Neuguinea (ebd.: 349-357). Bis diese Region in den 1930er Jahren »entdeckt« wurde, lebten die Menschen dort 46.000 Jahre hindurch autark. Den Vertretern der Moderne galten sie mit ihren vorsintflutlichen Werkzeugen als primitives Volk. Aber ihre Produktions- und Lebensweise beruhte Jahrtausende lang ohne Anweisungen von oben aufgrund von Überlieferungen auf funktionsfähigen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden. Senkrecht verlaufende Abflussgräben verhinderten an den zum Teil bewirtschafteten Berghängen, dass die Regenmassen die Erde mitrissen. Dadurch war der Terrassenanbau landwirtschaftlicher Produkte möglich. Schnell wachsende Kasuasinenbäume wurden rechtzeitig gepflanzt, als zu viel ursprünglicher Wald abgeholzt wurde. Fruchtfolgenwechsel schonte die Böden. Sümpfe wurden mit Bewässerungssystemen in nutzbares Land verwandelt.

Im mittelalterlichen Japan hatten schon zwischen 1660 und 1700 die Shoguns, die eigentlichen Machtträger hinter dem Kaiser, die Weisheit, auf die vorangegangenen Zeiten des Booms von Holzbauten und der Waldreduzierung mit einer langfristigen Strategie der Holzbewirtschaftung zu reagieren. Das war lebenswichtig, weil der Bestand an Wäldern für abgeschlossene autarke Gesellschaften ein zentrales Element ihrer natürlichen Lebensgrundlagen ist. Aus dem Jahr 1666 sind Warnungen des Shoguns vor übermäßigen Waldverlusten, vor damit verbundenen Verlusten von Böden und Überschwemmungen bekannt. Landesweit begannen von den Obrigkeiten angeordnet Anstrengungen zur Regulierung der Waldbestände, gab es Verbote des Holzeinschlages und die Genehmigungspflicht für Bauern zum Holzfällen, wurden Plantagen mit neuem Baumbestand eingeführt.

Bewahrens wert ist eine Lehre aus solchem langfristigen Handeln in den Jahrhunderten der Tokugawa-Periode, die Jared Diamond festhielt: Es war eine lange Friedenszeit. Die Shoguns hatten rivalisierende Armeen abgeschafft. Herrscher und Beherrschte konnten damit rechnen, dass das von ihnen Geschaffene für ihre Nachkommen erhalten blieb. Vorsorge für die Zukunft machte Sinn. Frieden als eine entscheidende Bedingung für eine langfristig angelegte Denk- und Regulationsweise!

Viele indigene Völker, etwa in Kanada oder in Lateinamerika, regeln seit Jahrhunderten bis in die Gegenwart den Stoffwechsel mit der Natur in Selbstverantwortung der Gemeinwesen auf eine Weise, die die Reproduktion der natürlichen Umwelt sichert – soweit ihre angestammten Lebensräume nicht von extraktiven Industrien und agroindustriellen Konzernen zerstört werden.

In der Geschichte war in manchen Fällen eine Regulierung von oben – wie im mittelalterlichen Japan – erfolgreich, in anderen Fällen – wie in Neuguinea – eine Regulationsweise von unten, die aus den Erfahrungen der einfachen Produzentinnen und Produzenten erwuchs. Ein Hinweis darauf, dass in künftigen progressiven Regulationsweisen das Verhältnis von zentralen und dezentralen Entscheidungen zu bestimmen sein wird.

### **Regulation im mittelalterlichen Venetien**

In Europa existierte im Stadtstaat Venetien Jahrhunderte hindurch ein funktionsfähiger Regulierungsmechanismus. Von 697 bis 1797, als die venezianische Republik durch die Truppen Napoleons zerstört wurde, wurde dieser Mechanismus, immer wieder praktischen Erfahrungen folgend, den sich verändernden Bedingungen angepasst (Heller 1999).

Seit dem sechsten Jahrhundert bis zum neunten Jahrhundert und noch danach in bereits ausgehöhlter Form bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts hatte die »Volksversammlung« aller freien männlichen Bürger Venetiens – die in der Regel auf dem Markusplatz zusammenkamen – erheblichen Einfluss auf die Staatspolitik. Sie stimmte über wichtige Gesetzgebungsakte und Staatsverträge ab. Sie wurde nicht zuletzt einberufen, wenn es um Entscheidungen über Krieg und Frieden ging (ebd.: 38). Was für ein Fortschritt wäre es, wenn heute in Deutschland ähnlich wie einst im mittelalterlichen Venedig Bürger – und natürlich Bürgerinnen – über Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland, über Exporte von Rüstungsgütern in Kriegsgebiete und über die Entwicklung der Rüstungsausgaben entscheiden würden! Übrigens – in Venedig gab es bereits Exportverbote für Waffen. Sie durften nicht in Länder der »Ungläubigen« exportiert werden. Allerdings – allmählich übernahm in Venetien seit dem zwölften Jahrhundert eine Versammlung der Adligen die Aufgaben der Volksversammlung der Bürger.

Interessant für die Regulationsweise in der Gegenwart ist auch eine andere historische Parallele. Das ist – außer dem starken Einfluss der Bürger über mehrere Jahrhunderte hinweg, außer dem Einfluss der »Zivilgesellschaft« also in heutiger Sprechweise – das damalige Verhältnis von Markt und Staat. Venetien lebte vom Handel, vor allem vom Außenhandel. Wichtig für die venezianische Gesellschaft war also ein funktionierender Markt.

Aber der Markt wie die ganze Gesellschaft wurden stark staatlich reguliert. Es gab Maßnahmen gegen die Monopolisierung des Außenhandels bei wenigen Familien. Der Staat nahm den Kaufleuten Risiken ab, die sich aus schwankenden Marktconstellationen ergaben. Mal fehlten Schiffskapazitäten, mal waren sie nicht ausgelastet. Der venezianische Staat ließ spätestens ab 1328 Staatsgaleeren bauen, die bei Bedarf an große Kaufleute vermietet wurden. In schlechten Handelszeiten übernahm der Staat die Ausfälle durch Stilllegung der Staatsgaleeren. Der lebenswichtige Weizenhandel wurde 1173 unter Staatsaufsicht gestellt, der lukrative Weinhandel zum Staatsmonopol gemacht. In der wichtigen Branche der Glaserzeugung und der Herstellung von Glasprodukten wurde die Arbeitszeit gesetzlich auf 12 Stunden begrenzt, für alte und arbeitsunfähige Glasbläser ein Versorgungsfonds eingerichtet. Sehr früh war Kinderarbeit untersagt. Schon die mittelalterlichen Venezianer wussten, dass der Markt staatlich reguliert werden muss.

Manche venezianischen Regelungen täten der heutigen Konsumgesellschaft gut. Eine Reihe von Gesetzen sollte übertriebenen Luxus eindämmen. Der Prunk beim Bau von Galeeren wurde untersagt, sie mussten schwarz gestrichen werden. Das gilt bis heute. Auffällig reiche Kleidung und üppiger Schmuck der Frauen sollten nicht sein. Die Regulierung nahm teils kuriose Formen an: im Jahr 1504 beschäftigte sich der Senat mit den hohen Kosten, die den Männern durch ihre Frauen entstanden, wenn diese dem Wechsel der Moden folgten. Mit strengen Gesetzen war die Prostitution geregelt, nach der Einschätzung Kurt Hellers jedoch wenig erfolgreich. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts sollen auf die rund 150.000 Einwohnerinnen und Einwohner Venedigs 11.000 Prostituierte gekommen sein. Ihr Überangebot wurde auf wohlgefällige Weise verdeckt, als viele von ihnen ihre Tätigkeit deklariert als Nonnen in Klöster verlegten, was zu – vergeblichen – Beschwerden beim Papst führte.

Wichtiger war und erfolgreich funktionierte eine rechtlich geregelte wechselseitige Kontrolle zahlreicher Staatsorgane. Sie sicherte über Jahrhunderte hinweg Machtbalancen, welche die Übermacht einzelner Adelsfamilien verhinderten und die in anderen Reichen Europas verbreitete Herausbildung einer Erbmonarchie nicht zuließen. Selbst der Doge als Staatsoberhaupt war totaler Kontrolle durch die Senatoren und »Berater« unterworfen. Bei Amtsantritt musste er in einer »Promissione« eine Reihe von Festlegungen und Versprechen unterschreiben. Zu deren langer Liste gehörte die Antikorruptionsverpflichtung, keine Zuwendungen anzunehmen, die Verpflichtung, keine Volksversammlung einzuberufen, keine Gespräche mit anderen Adligen ohne Anwesenheit von mindestens vier

Dogenberatern zu führen und keine Briefe – etwa an ausländische Potentaten – an ihnen vorbei zu schreiben oder zu öffnen, um den Ausbau eigener Übermacht des Dogen zu verhindern. »Die Promissione des Jahres 1578 bestimmte, dass sie in der ersten Oktoberwoche jedes Jahres dem Dogen feierlich vorgelesen werden müsse, damit er ja nicht seine Ohnmacht vergesse.« (Ebd.: 146) Die Venezianer wussten, dass die Versprechen der Mächtigen allzu leicht in Vergessenheit geraten. Zu den Machtbalancen gehörte auch, dass reiche Patrizier als Repräsentanten des Bürgertums im Interesse der Macht des Adels zwar von wichtigen politischen Gremien ausgeschlossen waren; aber ihnen blieb die Verwaltung vorbehalten. Damit verfügten sie über einen großen Teil der exekutiven Macht.

Die venezianische Regulationsweise funktionierte immerhin rund ein Jahrtausend hindurch. Ärmer an Merkwürdigkeiten, aber von ungleich größerer Bedeutung für die gegenwärtige und künftige Gestaltung von Regulationsweisen sind Regulationserfahrungen aus der jüngeren Geschichte des Kapitalismus.

## 5. Regulierungserfahrungen im Rahmen des Kapitalismus

Für die Möglichkeit einer neuen progressiven Regulationsweise sprechen trotz aller ungelösten Probleme und negativen Erfahrungen auch hoffnungsvolle Wandlungen im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse. In besonderem Maße trifft das auf den New Deal zu.

### New Deal

Der New Deal in den USA und die wohlfahrtstaatliche Entwicklung in skandinavischen Ländern waren der Übergang von einer überwiegend privatmonopolistisch dominierten Marktregulation zu einem – in Grenzen – sozialstaatlich regulierten Kapitalismus bei andauernd starker Monopolmacht auf den Märkten. Diese Variante eines relativ gebändigten Kapitalismus bestimmte nach dem Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger die Verfasstheit der gesamten OECD-Welt. Endogene Kräfte des Kapitalismus brachten einen im globalen Norden etwa vier Dekaden hindurch funktionierenden sozialeren Typ des Kapitalismus als zuvor hervor. Allerdings wirkte in dieser Richtung auch der Wettbewerb der beiden Systeme in diesem Zeitabschnitt.

Johannes R. Becher schrieb: »Es gibt eine Vergangenheit, die unwiederbringlich vergangen ist, aber es gibt auch eine Vergangenheit, die Gegenwartswert hat, und es gibt eine dritte Vergangenheit, die in der Zukunft liegt.« (Becher 1983: 236) Gegenwartswert haben sozialstaatliche Institu-